

Equal Pay Day am 13. Februar: Lohnschere von 12,2 Prozent

12.02.2025 12.25

Anlässlich des morgigen Equal Pay Day steht wieder das Einkommen von Frauen im Vergleich zu Männern im Fokus. Heuer ist der Equal Pay Day einen Tag früher als 2024 – bis zu diesem Tag arbeiten Frauen im Vergleich zu Männern gratis. Zuletzt verringerte sich der Gender Pay Gap auf 12,2 Prozent, 2020 lag er bei 15,2 Prozent. Wien weist die niedrigsten Gehaltsunterschiede auf, Vorarlberg die höchsten.

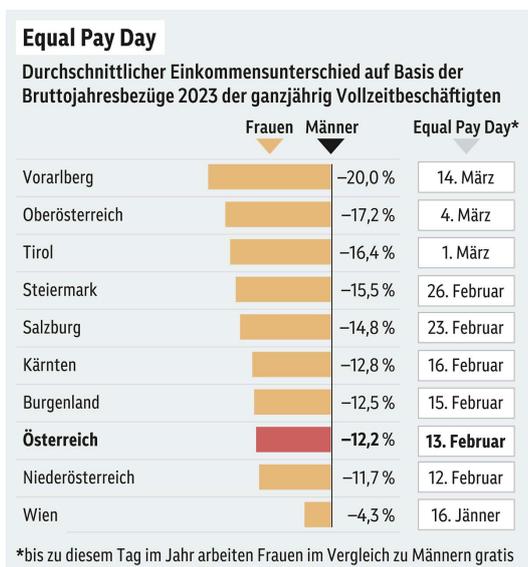


Foto: Grafik: APA/ORF.at; Quelle: equal-pay-day.at/Statistik Austria

Zur Berechnung herangezogen wird vom Netzwerk Business and Professional Women Austria der Median der Jahresbruttoeinkommen von Vollzeitbeschäftigten – anders als beim Equal Pay Day am Jahresende, der mit durchschnittlichen Einkommen arbeitet. Die neuesten Zahlen der Statistik Austria stammen aus dem Jahr 2023.

Um den Gender Pay Gap zu schließen, fordert das Netzwerk u. a. Einkommenstransparenz, eine steuerliche Begünstigung für Unternehmen, die gleiche Löhne für gleichwertige Arbeit zahlen, die Aufwertung von Niedriglohnbranchen und den flächendeckenden Ausbau der Kinderbetreuung.

Verschiedene Berechnungen

Eurostat berechnet den Gender Pay Gap auf Basis von Stundenlöhnen. Österreich ist mit 18,4 Prozent das Land mit der zweithöchsten geschlechtsspezifischen Lohnlücke, hinter Estland mit 21,3 Prozent. An der Spitze steht Luxemburg mit einem umgekehrten Gender Pay Gap von minus 0,7 Prozent, dahinter Italien mit 4,3 Prozent. Insgesamt hat die EU eine Lohnlücke von 12,7 Prozent (Stand 2022).

Forderungen nach Ende der „Retro-Frauenpolitik“

Arbeiterkammer (AK) und Gewerkschaftsbund (ÖGB) forderten in einer Aussendung ein Ende der „Retro-Frauenpolitik“, mehr Lohntransparenz, ein Familienarbeitszeitmodell und eine Milliarde mehr pro Jahr für Kinderbildung und -betreuung.

Vergleichbare Forderungen kamen von den politischen Parteien. NEOS-Frauensprecherin Henrike Brandstötter will einen „entschlossenen Kampf gegen die Teilzeitfalle“. SPÖ-Frauenvorsitzende Eva-Maria Holzleitner verwies darauf, dass Gleichstellung möglich sei, das würden Länder wie Norwegen zeigen, wo neun von zehn Männern in Karenz gingen.

Meri Disoski, Frauensprecherin der Grünen, machte „rückwärtsgewandte Kräfte“, darunter in der ÖVP, für die schleppende Verkleinerung der Lücke verantwortlich. Die Gleichstellung sei eine „gesamtgesellschaftliche Aufgabe“, sagte ÖVP-Frauenministerin Susanne Raab, die einen Schulterschluss zwischen Bund, Ländern, Gemeinden, Sozialpartnern und Unternehmen benötige.

Die Initiative Equal Pay forderte die Umsetzung der EU-Richtlinie zur Lohntransparenz und „Maßnahmen zur Schließung der Lohnlücke“. Christa Kirchmair, Präsidentin der Initiative, nannte verpflichtende Lohntransparenz, Sanktionen bei ungerechtfertigter Lohnungleichheit und generell bessere Rahmenbedingungen für Frauen. Klaudia Friebe, Vorsitzende des Österreichischen Frauenrings, forderte eine „Neubewertung der Arbeit von Männern und Frauen“.